

Fünzig Jahre diplomatische Beziehungen

Inszenierter Jubel

Von Ludwig Watzal

Glaubt man der Politiker-Folklore, so grenzen die deutsch-israelischen Beziehungen nach dem Massenmord der Nazis an den europäischen Juden an ein Wunder.

So umschrieb Bundestagspräsident Norbert Lammert in einer Rede vor der Knesset, dem israelischen Parlament, den aktuellen Stand der bilateralen Beziehungen. In der Tat waren die Beziehungen niemals besser und intensiver als unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel.

Kanzler Helmut Kohl sprach noch von der „Gnade der späten Geburt“. Kanzlerin Merkel konnte in ihrer Rede vor der Knesset im März 2008 von der „besonderen historischen Verantwortung für die Sicherheit Israels“ sprechen. Diese erklärte sie zu einem Teil der deutschen „Staatsräson“.

Das stellte einen politischen Quantensprung in Bezug auf Beziehungen zwischen souveränen Staaten dar. Denn keinem verantwortungsbewussten Politiker würde es in den Sinn kommen, einen Staat, der seit seiner Gründung und insbesondere nach 1967 ein anderes Volk einem immer unerträglicheren Besatzungsregime unterwirft und ihm dessen Land raubt, zu einem Bestandteil der eigenen Staatsräson zu machen.

Das langsame Herantasten zwischen den politischen Eliten beider Länder wurde erst durch das Wiedergutmachungsabkommen aus dem Jahre 1952 möglich. Gleichwohl dauerte es noch 13 Jahre, bis am 12. Mai 1965 diplomatische Beziehungen aufgenommen werden konnten. Die Entsendung von Rolf F. Pauls, dem ersten deutschen Botschafter in Israel, glich einem Spießrutenlaufen.

Beratungen aussetzen

Seit 2008 gibt es jährliche Beratungen zwischen der deutschen und der israelischen Regierung

auf Ministerebene. Ob man dabei auch über das brutale Besatzungsregime oder über die rechtsextremen Sprüche einiger Mitglieder der Netanyahu-Regierungen spricht, dürfte jedoch fraglich sein. Aus Protest gegen die expansive Kolonisierung Rest-Palästinas und den offenen Rassismus großer Teile der israelischen Gesellschaft sowie eines Teils der Rabbinerschaft und der Regierung sollten die gemeinsamen Beratungen solange ausgesetzt werden, bis die israelische Regierung die Menschenrechte der unterdrückten Palästinenser sowie das Völkerrecht und die in demokratischen Gesellschaften üblichen Gepflogenheiten respektiert.

Trotz des inszenierten Jubels haben laut Meinungsumfragen knapp über 50 Prozent der Deutschen eine schlechte Meinung über Israel; bei den 18- bis 29-Jährigen sind es sogar 54 Prozent. Der Holocaust ist nicht mehr der Kristallisationspunkt zwischen den jüngeren Generationen. Das zeigen die mehr als 20.000 jungen jüdischen Israelis, die nach Berlin eingewandert sind. Gleichwohl bildet er eine feste Größe in den offiziellen Beziehungen.

Wie „instrumentalisierbar“ die historischen Geschehnisse immer noch sind, zeigt die Äußerung der Pressesprecherin der israelischen Botschaft in Berlin, Adi Farjon, gegenüber israelischen Journalisten. Darin erklärte sie, dass es im politischen Interesse Israels liege, wenn es Deutschlands Schuldgefühle wegen des Holocaust aufrechterhalte. Israel strebe keine vollständige Normalisierung zwischen beiden Regierungen an. Die deutschen Medien haben diesen Skandal ignoriert.

50 Jahre diplomatische Beziehungen sollten eher Anlass zu einer kritischen Bestandsaufnahme sein als weiter einer Israel-Verklärung zu fröhnen, wie sie besonders von der deutschen politischen Klasse betrieben wird.